Stadt Gütersloh

Die Bürgermeisterin

B e r a t u n g s e r g e b n i s

der 6. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses am 27.04.2015

7. Freifunk / kostenloses Wlan
Antrag der CDU-Fraktion vom 05.02.2015
Antrag der Fraktionen BfGT, Bündnis 90/Die Grünen, Die LINKE vom 13.02.2015
-DS-NR.: 48/2015 1. Erg.-

Frau Unger weist darauf hin, dass ein Vertagungsantrag der Fraktionen BfGT und Bündnis 90/Die GRÜNEN eingegangen sei. Die Verwaltung habe sich intensiv mit der Thematik auseinandergesetzt. Sie dankt Herrn Dr. Kremer für die umfangreiche Vorlage.

Herr Morkes spricht sich für die Vertagung des Punktes aus. Er sei der Ansicht, die Vorlage der Verwaltung gehe an den Anträgen der Fraktionen vorbei. Die Fraktionen wollten die Initiative Freifunk unterstützen und keinen kommerziellen Anbieter. Er schlägt vor, in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses solle ein Vertreter der Initiative Freifunk und evtl. ein Vertreter von der Regio IT die Mitglieder informieren.

Frau Unger erwidert, die Verwaltung habe den Wunsch verstanden, den Bürgern kostenloses Wlan anzubieten. Die KGST und der StGB seien zu Rate gezogen worden, Vergleiche zu anderen Städten seien hergestellt worden, und viele Gespräche seien geführt worden auch mit der Initiative Freifunk. Die Verwaltung habe auch die Verantwortung der Kommune gesehen, falls nicht rechtmäßig damit umgegangen werde. Die Vorlage sei nach bestem Wissen und Gewissen unter Berücksichtigung des Fachwissens in der Verwaltung erstellt worden.

Frau Niemann-Hollatz erklärt, sie erkenne ausdrücklich an, dass sich die Verwaltung viel Mühe gemacht habe. Die Meinung der Verwaltung sei jedoch nicht das Ziel der Anträge der Fraktionen. Free-Key sei relativ teuer und umständlich in der Handhabung. Ziel sei es gewesen, dass die Bürger kostenlos ein Internet-Angebot nutzen könnten. Das biete ihrer Meinung nach Freifunk. In einer Stellungnahme zu der Vorlage seien von der Initiative Freifunk einige Bedenken ausgeräumt worden, wie z. B. die Störerhaftung. Ziel sei nicht gewesen, dass die Stadt selbst Betreiber von freiem Wlan sein solle, sondern die Initiative Freifunk .Um über alle Vor- und Nachteile und über die Kosten beraten zu können, spreche sie sich auch für eine Vertagung aus.

Frau Wessel weist darauf hin, sogenannte Hotspots gebe es bereits. Die Stadt könne nicht in Betreiber- oder Störerhaftung genommen werden, da sie nicht Betreiber sei, sondern die Initiative Freifunk Gütersloh. Die Kosten seien geringer als bei der kommerziellen Variante. Den Gesetzentwurf sehe sie kritisch.

Herr Wittenbrink erklärt, die CDU wolle auch die Initiative Freifunk unterstützen. Es sei kostengünstiger. Für die CDU gelte auch hier das Subsidiaritätsprinzip. Er schließt sich den Argumenten von BfGT und Grünen an und stimmt auch einer Vertagung zu. Er spricht sich für eine schnelle Lösung aus, und erkundigt sich, ob es möglich sei, Freifunk in der Weise zu unterstützen, dass die Stadt oder Stadtmarketing die Router für Freifunk verkaufen könne, mit einem kleinen Hinweis auf der Homepage. Die Frage sei dann noch, ob Freifunk auch Router am Netz der Stadt betreiben könne.

Frau Brambrink stellt fest, die SPD unterstütze ebenfalls die Initiative Freifunk und wolle das kostenlose Wlan ausbauen. Es sei kein kommerzieller Anbieter gewünscht. Es bestehe die Gefahr, dass ein kommerzieller Anbieter die Initiative Freifunk verdränge. Sie erkundigt sich, ob die Beauftragung einer österreichischen Firma durch die Regio IT auch eine Umleitung sei, mit der die Störerhaftung umgangen werde.

Herr Dr. Kremer antwortet, es sei keine Umleitung über das Ausland, sondern es handele sich um die Firma, die das Produkt Free-Key entwickelt habe.

Herr Morkes begrüßt, dass die CDU keine Zeit verlieren wolle. Die BfGT könne den Punkten 1 und 2 zustimmen. Gemeinsam solle eine schnelle Lösung gefunden werden.

Frau Lang erläutert, in der Vorlage sei deutlich geworden, dass die Verwaltung wie auch die kommunalen Spitzenverbände und die überwiegende Anzahl anderer Kommunen eine Beteiligung der Initiative Freifunk nicht unterstütze. Es gebe unterschiedliche Auffassungen zu den Dingen. In städt. Liegenschaften könne sie Freifunk nicht akzeptieren. Wenn es der Wunsch sei, im Bürgerbüro oder in den Kulturräumen Freifunk zur Verfügung zu stellen, wolle die Verwaltung das Wlan selbst installieren. Die Initiative mit kommunalen Mitteln zu fördern, halte sie nicht für erforderlich.

Herr Morkes erwidert, die Politik fordere immer wieder Bürgerengagement. Hier werde Bürgerengagement gezeigt. Hier gehe es um schnelles kostenloses Internet. Er bittet um die Entscheidung über die Anträge.

Frau Unger stellt klar, die rechtlichen Bedenken seien in der Vorlage der Verwaltung dargelegt worden. Es sie ihr wichtig, dass die Politik den Hintergrund kenne. Sie lässt über den Vertagungsantrag der Fraktionen BfGT und Bündnis 90/Die GRÜNEN abstimmen. Der Punkt solle in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses beraten werden.

Antrag:

Die Beschlussfassung wird vertagt.
Zur nächsten Hauptausschusssitzung wird ein Vertreter der Initiative Freifunk Gütersloh eingeladen, um Stellung zu nehmen und Fragen zu beantworten.
Alternativ bzw. ergänzend kann ein unabhängiger Experte über die bestehenden Möglichkeiten, kostenloses Wlan in städtischen Einrichtungen einzuführen, informieren.

Ergebnis:
Die Entscheidung über diesen Punkt wird einstimmig vertagt bei 2 Stimmenthaltung(en)
(1 UWG, 1 BM).